

Ärztenschaft

Gassen kritisiert Umgang mit Ungeimpften während der Pandemie

Montag, 12. August 2024



Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV)./picture alliance, Eventpress, Eventpress Stauffenberg

Berlin – Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung ([KBV](#)), Andreas Gassen, mischt sich in die Debatte um die Coronaprotokolle des Robert-Koch-Institutes ([RKI](#)) ein. Aus seiner Sicht habe man „diejenigen, die sich nicht haben impfen lassen, zu sehr stigmatisiert“, sagte er der *Neuen Osnabrücker Zeitung*.

Das Thema Impfen sei „teilweise überhöht“ worden. Die wissenschaftlich fundierten Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) und nicht der politische Wille hätten alleinige Grundlage sein sollen, so der KBV-Chef.

Die Debatte um eine Aufarbeitung der Coronamaßnahmen ist durch jüngst veröffentlichte Protokolle des Robert-Koch-Instituts wieder intensiver worden. Sie geben Einblicke in die Arbeit des Krisenstabs aus der Zeit von Januar 2020 bis April 2021. Juristisch durchgesetzt worden war die Herausgabe der Protokolle durch das Online-Magazin *Multipolar*.

Im Zentrum der Debatte stand unter anderem die Aussage des ehemaligen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU) von einer „Pandemie der Ungeimpften“.

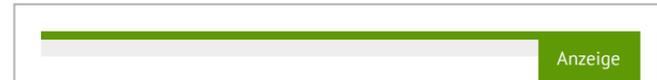
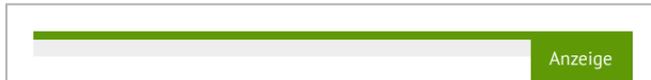
Es stehe „außer Frage“, dass die Coronaimpfungen in der Risikogruppe der Hochbetagten und Vorerkrankten gewirkt hätten, gerade um schwere Verläufe zu verhindern, sagte Gassen der Zeitung. Aber die Aussage, wer nicht geimpft sei, trage Schuld an Ansteckungen und Todesfällen anderer, sei „nicht gedeckt“.

Gassen forderte in diesem Zusammenhang erneut eine Aufarbeitung der Pandemiejahre. Am besten geeignet dafür sei eine Enquetekommission. Diese könne nicht nur helfen, „die aufgerissenen Wunden endlich zu heilen“, sagte er. Das könnte auch helfen, „uns besser auf eine mögliche nächste Pandemie vorzubereiten“.

Über eine parlamentarische Aufarbeitung der Coronapandemie wird derzeit auch in den Parteien diskutiert. Die Grünen zeigten sich bereits offen für verschiedene Formate wie ein Bürgerrat oder ein Expertengremium.

Anzeige

Eine Enquetekommission bezeichnete der FDP-Gesundheitsexperte Andrew Ullmann als „zwingend“. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) will nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sowie nach der Bundestagswahl 2025 Corona-Untersuchungsausschüsse einrichten. © *afp/aerzteblatt.de*



Alle Rechte vorbehalten. www.aerzteblatt.de